

## Unser Bürgerprogramm

für Oberursel und seine Ortsteile Bommersheim, Oberstedten, Stierstadt und Weißkirchen für die Wahlperiode 2021 – 2026.

Oberursel und seine Ortsteile stehen vor großen Herausforderungen. Es gilt, den durch die Große Koalition verursachten kommunalpolitischen Stillstand zu beenden und die innovativen Kräfte in der Stadt zu fördern. Dafür muss vor allem in die Infrastruktur investiert werden, ohne ein Wachstum zu propagieren, das die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger nicht verkraften können. Den Durchgangsverkehr durch Umfahrungen aus der Stadt zu halten, den Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel und Fahrräder zu lenken, die Innenstadtstraßen in guten Zustand zu versetzen, Kaufkraft in der Stadt zu halten, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, Sicherheit zu gewährleisten, Kultur und Vereinswesen zu fördern gehört zu den Nahzielen der OBG-Politik. Um sie zu erreichen, wollen wir nicht in der Opposition bleiben, sondern mitregieren.

Seit über fünfzig Jahren ist es Ziel der OBG, die Lebensverhältnisse der Oberurseler Bürgerinnen und Bürger in allen Stadtteilen und allen Bereichen zu verbessern, zumindest das Erreichte zu erhalten. Wir haben unsere Leitlinien von 2016 fortgeschrieben und um aktuelle Sachstände ergänzt. Vollständig kann ein solches Programm nicht sein. Denn die Verhältnisse ändern sich ständig, und es bedarf erfahrener, tatkräftiger, ortsverbundener Frauen und Männer, die im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, die sie gewählt haben, handeln.

Die OBG

- ist eine freie Bürgergemeinschaft und unabhängig von übergeordneten politischen und ideologischen Vorgaben,
- steht für eine Politik, die sich zuerst am Interesse der bereits in unserer Stadt lebenden Bürgerinnen und Bürger orientiert,
- steht für eine Politik, die politische Entscheidungen nicht für unantastbar hält und sich auch eines Besseren belehren lässt,
- steht für frühe Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsprozessen,
- steht für eine Politik, die zwischen Einzelinteressen und Allgemeinwohl zu unterscheiden weiß.

Dafür setzt sich die OBG ein:

### **Stadtentwicklung behutsam fortführen**

Ziel der OBG ist es, den urbanen Charakter und den hohen Wohnwert der Stadt durch behutsame Stadtentwicklung zu bewahren.

Die OBG setzt sich für die Schließung von Baulücken und für ein organisches Wachstum des Wohnbestandes ein. Eine übergroße Verdichtung und die Bildung von sozialen Brennpunkten müssen dabei vermieden werden.

Wie auf dem ehemaligen Klostergelände zwischen Herderstraße und Altenhöferweg sorgt die OBG im Sinne der Anwohner für eine erhebliche Reduzierung der möglichen Bebauung.

Die OBG favorisiert die Ausweisung von kleinen Wohneinheiten. Für die Schaffung von bezahlbaren Mietwohnungen soll auch Geschosswohnungsbau möglich sein. Dies gilt auch für weitere Bauplanungen. Sie spricht sich für energiesparendes Bauen in Bestand und Neubau aus. Die kostengünstige Energieberatung der Stadt soll fortgeführt werden.

Der Bereich um das Rathaus und die Stadthalle soll städtebaulich entwickelt werden. Weder Rathaus noch Stadthalle sollen abgerissen, sondern bei Bedarf saniert und modernisiert werden.

Mit der Erstellung einer Gestaltungssatzung für den Innenstadtbereich soll eine behutsame, aufeinander abgestimmte Stadtentwicklung vorbereitet werden. Eine daraus resultierende Gestaltung der Vorstadt mit entsprechenden Verweil- und Spielmöglichkeiten im Rahmen der verfügbaren Mittel wäre ein weiterer Zugewinn für die Innenstadtbelebung.

In Oberursel kann man alles bekommen, was zum täglichen Leben gebraucht wird. Der Einzelhandel wird von der städtischen Wirtschaftsförderung ohne Bevormundung unterstützt, damit der Einkauf im Stadtzentrum für die Bürger attraktiver wird. Ziel eines ständigen Dialogs mit Eigentümern und Geschäftsbetreibern ist es, den Abfluss von Kaufkraft aus Oberursel zu verringern. Es ist allerdings ein Irrweg, Kaufkraft durch ständige Erweiterung von Verkaufsflächen und Neuansiedlung von Großmärkten binden zu wollen.

Immer drängender wird eine Lösung des Parkplatzproblems in der Innenstadt. Es fehlen kostenlose Kurzparkzonen und rund um die Uhr zur Verfügung stehende überdachte Bezahlparkplätze. Die OBG strebt daher die Umsetzung folgender Maßnahmen an:

- Die Stellplatzsatzung ist so zu gestalten, dass sie der Bedarfssituation entspricht. Die 2019 beschlossene Stellplatzsatzung, die nach Zonen differenziert, hat nicht zu den gewünschten Effekten, wie z.B. Reduzierung von Kauf- und Mietpreisen, geführt.
- Der Parkplatz an der Bleiche wird erweitert und für alle Nutzer freigegeben.
- Am Marktplatz sollen an Tagen ohne Marktbetrieb wieder zusätzliche Parkplätze ausgewiesen werden können.

### **Ortsdurchfahrten vom Durchgangsverkehr entlasten.**

Die 1999 fertiggestellte Nordumfahrung B 455 brachte im gesamten Stadtgebiet eine durchschnittliche Verkehrsentlastung von 30 Prozent und in der Hohemarkstraße eine Verkehrsentlastung von über 50 Prozent. Ohne den nachhaltigen Einsatz der OBG wäre die Nordumfahrung nicht gebaut worden oder Stückwerk geblieben.

Bedingt durch starken Ziel- und Quellverkehr soll der Durchgangsverkehr um die Stadt und die Stadtteile geleitet werden. Der individuelle Kraftfahrzeugverkehr wird möglicherweise auch aufgrund alternativer Antriebsformen und eines veränderten Mobilitätsverhaltens zunehmen, weshalb Entlastungsstraßen weiterhin gebraucht werden:

- Weingärtenumgehung: Die Anbindung der Nassauer Straße an die Weingärtenumgehung muss jetzt endlich dringend erfolgen. Beeinträchtigte Anwohner sind bei Schallschutzmaßnahmen zu unterstützen.
- Zimmersmühlenweg: Der aufgeschobene Umbau des Verkehrsknotenpunktes Zimmersmühlenweg / Frankfurter Landstraße muss zügig vorangetrieben werden, da sonst keine weiteren Ansiedlungen im Umfeld des Knotenpunktes verträglich sind.
- Verbindungsstraße Alte Leipziger: Zur Entlastung der Erich-Ollenhauer Straße mit den neuen Wohngebieten sollte eine Verbindungsstraße an der Alten Leipziger zur Lahnstraße erstellt werden.

### **Notwendige Geschwindigkeitsbegrenzungen umsetzen**

Im Bereich von Kindergärten, Spielplätzen, Schulen und anderen Einrichtungen, in denen sich Kinder häufig aufhalten, sowie im Bereich von Senioren- und Pflegeheimen und des Schwimmbads, ist konsequent Tempo 30 einzuführen.

Weiterhin sollte Tempo 30 eingeführt werden bzw. gelten in der Oberurseler Altstadt, in Ortsteilen ohne Durchgangstraßen und auf Straßen, bei denen Tempo 30 zu einer notwendigen Lärmentlastung für die betroffenen Bürger führt.

Generell sollten Geschwindigkeitsbeschränkungen in den Nachtstunden zur Lärmreduktion geprüft werden.

### **ÖPNV gezielt fördern**

Die OBG setzt sich für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Bedürfnissen von allen Verkehrsteilnehmern (Kraftfahrer, Fußgänger und Radfahrer) insbesondere in Bezug auf deren Sicherheit ein. Dies ist bei der Verkehrsplanung zu berücksichtigen.

Wir setzen uns weiterhin für den weiteren Ausbau eines sicheren und zusammenhängenden Radwegenetzes in Oberursel und zu den Nachbargemeinden ein.

Es ist wichtig, dass Oberursel seine Chancen zur Einflussnahme auf die Planungen des Radschnellweges ergreift und sich für eine sichere und sinnvolle Wegeführung starkmacht.

Überall in der Stadt, aber insbesondere in der Innenstadt soll es genügend Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geben.

Oberursel ist durch den Anschluss an das Netzsystem des Rhein-Main-Verkehrsverbunds und der Verkehrsgesellschaft Frankfurt herausragend im öffentlichen Nahverkehr, u.a. an die Metropole Frankfurt und das Umland, angebunden.

Mit der S-Bahnlinie 5, der Taunusbahn RB15 und der U-Bahnlinie 3, sowie 3 Stadtbus- (+4 Abend/Nachtbusse) und 10 Überlandbuslinien ist das Stadtgebiet großzügig ausgestattet.

Die OBG unterstützt den Vorschlag der Fahrgastlobby Hochtaunus für eine Verlängerung der U-Bahn-Linie U2 nach Oberstedten.

Bezüglich des ÖPNV verfolgt die OBG folgende Ziele:

- Regelmäßige Überprüfungen auf Verbesserung der Anschlussbeziehungen an den Knotenpunkten für S-U-Bahnen und Buslinien.
- Die OBG setzt sich für die kostenlose Nutzung des ÖPNV an Faschingssonntag und Brunnenfest ein.

### **Familien- und altersgerechte Betreuung gewährleisten**

Oberursel bleibt familienfreundlich. Auch Oberursel unterliegt dem demografischen Wandel und hat nur dann eine Zukunft, wenn sich auch Familien mit Kindern hier wohlfühlen. Oberursel hat als eine Stadt im Grünen am Fuße des Taunus dazu beste Voraussetzungen.

Wir werden weiterhin die ehrenamtliche Tätigkeit bei der Familienbetreuung fördern. Qualifizierte private Einrichtungen zur Vermittlung von Tagesmüttern sind mit städtischen gleich zu behandeln.

Die Betreuungszeiten in Kindertagesstätten und Horten müssen weiter flexibilisiert werden, um sie den tatsächlichen Bedürfnissen anzupassen.

Oberursel ist reich gesegnet mit neuen und teuren Schulen. Die Stadt Oberursel ist nicht Schulträger, muss aber schulische Betreuung und Sportstätten mitfinanzieren und hat wichtige Mitwirkungsrechte. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Infrastruktur dieser Schulen stimmt. Für eine laufende Reinigung und effiziente Hausmeisterbetreuung muss gesorgt sein. Die Einführung von Ganztagschulen wird ausdrücklich begrüßt.

Älteren Menschen ist ein schönes Zuhause zu bieten. Ziel der OBG ist es, selbstbestimmtes Wohnen im Alter - verbunden mit einer hohen Versorgungssicherheit - zu ermöglichen. Den steigenden Anforderungen der gegenwärtigen und zukünftigen Senioren an Service und Betreuung muss Oberursel gerecht werden.

Die OBG wird sich für den Ausbau von Seniorennetzwerken unter freier Trägerschaft einsetzen. Dabei soll insbesondere die Verbindung zwischen Jung und Alt gefördert werden. Die Errichtung von Generationenhäusern wird unterstützt.

### **Jüngeren Menschen Zukunftsperspektiven geben**

Wir fordern weitere Plätze für Jugendtreffs, besonders in den Stadtteilen. Die Öffnungszeiten bestehender Jugendeinrichtungen wie des Jugend- und Kulturzentrums Portstraße müssen so gestaltet werden, dass sie auch an Wochenenden, Feiertagen und während der Schulferien geöffnet sind. Weitere Möglichkeiten für Jugendliche, sich im Freien zu treffen und sich zu beschäftigen, müssen geschaffen werden. Die städtischen Angebote sollten den Gewohnheiten der Jugendlichen entsprechen. Die aufsuchende Jugendarbeit (Streetworker) ist konsequent weiterzuverfolgen.

Vorrang hat für uns die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für junge Leute. Jungen Unternehmerinnen und Unternehmern soll Gelegenheit gegeben werden, sich selbstständig zu machen und dafür geeignetes Gewerbegelande auch kleineren Zuschnitts zu finden.

### **Neuankommende integrieren**

Die Integration von Neuankommenden ist zu fördern, besonders wenn sie sich nach Klärung ihres Status dauerhaft in der Stadt niederlassen möchten. Oberursel hat traditionell Zuwanderer und Schutzsuchende aufgenommen und konnte davon stets profitieren. Die hohe Zahl von Neuankommenden, die zurzeit durch die Stadt unterzubringen ist, hat die Gastfreundschaft der Bevölkerung in beispielhafter Weise geweckt.

Sobald Schutzsuchende Aufenthaltsrecht haben, muss die Stadt sich auf Dauer um sie kümmern. Vor allem bezahlbarer Wohnraum und Arbeitsplätze sind gefragt. Hier stehen die Neuankommenden in Konkurrenz zu Ortsansässigen. Die OBG setzt sich dafür ein, dass den Neuankommenden geholfen wird, ohne dass ansässige Bürgerinnen und Bürger benachteiligt werden.

Die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger gehört zu den besonderen Aufgaben unserer Kommune. Die Stadt sollte die kulturelle und sprachliche Integration weiter fördern. Den Vereinen kommt hier eine besondere Bedeutung zu.

Integration findet zuvorderst in Kindergärten, Schulen, Jugendeinrichtungen, bei Sport- und Kulturvereinen und in offenen Angeboten für Jung und Alt statt. Der Bildung von sozialen Brennpunkten und dem Entstehen von Parallelgesellschaften muss entgegengewirkt werden. Der interreligiöse und interkulturelle Dialog ist zu fördern.

### **Bezahlbaren Wohnraum schaffen**

Bezahlbar ist immer relativ. Niemand kann in Oberursel billigen Wohnraum versprechen und dabei alle Ansprüche Wohnungssuchender erfüllen.

Bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit niedrigem Einkommen bedarf öffentlicher Subventionen, verbunden mit entsprechenden Auflagen zur Sozialbindung. Hier sind in erster Linie die Gesetzgeber von Bund und Land gefordert. Das trifft auch zu für Änderungen der gesetzlichen Anforderungen an die Ausgestaltung von Neu- und Altbauten, die zu einer allgemeinen Senkung der Baukosten führen könnten. Aber es reicht nicht auf Bund und Land zu verweisen. Alle Vorschriften der Stadt Oberursel, die in den letzten Jahren zu einer Erhöhung der Baukosten geführt haben, müssen überdacht werden. Besonders bestehende Bebauungspläne sind zu überprüfen. Doch auch niedrige Baukosten nutzen den Mietern nur dann, wenn die Hauseigentümer ihrer sozialen Verpflichtung nachkommen. Die in Oberursel ansässigen Wohnungsbaugenossenschaften sind hierbei einzubinden. Auslaufende Sozialbindungen müssen verlängert und verstärkt genutzt werden.

### **Stadt barrierefrei gestalten**

Menschen mit körperlichen Einschränkungen sollen sich in Oberursel wohlfühlen. Wir setzen uns dafür ein, dass sie überall Zugang haben. Im öffentlichen Nahverkehr werden Busse und Bahnen auf barrierefreie Zugänge ausgerichtet.

In öffentlichen Gebäuden ist den Bedürfnissen behinderter Menschen über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus Rechnung zu tragen.

### **Kultur- und Freizeitangebote fördern.**

Die OBG setzt sich für die Förderung von Sport, Kultur- und Freizeiteinrichtungen ein. Die Fördermittel für die Vereine dürfen trotz knapper Kassen nicht gekürzt werden. Die Eigenarten des Oberurseler Kulturlebens wie Taunuskarneval, Brunnenfest, Oberurseler Sommer, Chopin-Festival, Theaterveranstaltungen, Kerben und Weihnachtsmärkte sollen unterstützt werden.

Dabei soll das Brunnenfest als zentrales Stadtfest wieder den früheren Charakter erhalten. Vereine und private Oberurseler Aussteller sollen dabei gefördert, die Anzahl der kommerziellen Aussteller und Anbieter reduziert werden. Der Vereinsring als Ausrichter des Brunnenfestes ist hierbei zu unterstützen.

Wir fordern, dass das Freibad als kostengünstige Alternative zu den Freibädern in den Nachbarstädten erhalten bleibt. Das Freibad Oberursels ist sanierungsbedürftig. Die Sanierung des Freibades hat Vorrang vor Sauna und weiteren Investitionen in das Hallenbad. Die OBG hatte sich frühzeitig für einen Erhalt und eine Renovierung des alten Hallenbades eingesetzt. Sie lehnte den Neubau wegen der Versiegelung wertvoller Erholungsflächen, hoher Erstellungskosten und laufender Betriebskosten ab.

Der Abbau von Sportmöglichkeiten muss gestoppt werden. Die OBG unterstützt die Pläne von Vereinen, eigene Sportstätten auszubauen.

### **Pflege internationaler Beziehungen**

Stadt, Vereine, Schulen und private Interessierte leisten vielfältige Beiträge zum Zusammenwachsen Europas und zum friedlichen Zusammenleben der Völker. Die Städtepartnerschaften sind zu pflegen, zu fördern und mit Leben zu füllen. Der Verein zur Förderung der Oberurseler Städtepartnerschaften und der Hollandausschuss des Vereinsrings Stierstadt unterstützen die offiziellen Städte- und Gemeindeparschaften mit ihrer Arbeit und sind deshalb neben den projektgebundenen Zuschüssen mit einem Grundbetrag auszustatten.

Offizielle kommunale Partnerschaften sollten auf die bestehenden begrenzt werden. Dies schließt informelle freundschaftliche Beziehungen zu weiteren ausländischen Kommunen nicht aus.

### **Die Erinnerung bewahren**

Oberursel besteht nicht nur aus der Gegenwart. Die Erinnerung an die Vergangenheit und die Lehren daraus gehören zu den Gemeinschaftserfahrungen der Bürgerinnen und Bürger. Vortanuseum und Stadtarchiv bewahren die Erinnerungen an Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte, die die Menschen unserer Stadt geprägt hat und Oberursel ein besonderes Gesicht gibt.

Das Stadtarchiv ist der Ort, an dem das kollektive Erinnern an die Stadtgeschichte bewahrt und zugänglich gemacht wird. Die Erschließung der für die Öffentlichkeit bestimmten Bestände durch Digitalisierung soll den Zugang erleichtern und die Nutzungshäufigkeit erhöhen.

Die OBG setzt sich für eine Neubesinnung bei der Gestaltung der Volkstrauertage, für die Erhaltung des Ehrenmals an der Christuskirche, die Pflege des Opferdenkmals an der Hospitalkirche, die Bewahrung des historischen Erbes der Kelteneit und die Pflege der Erinnerung an die Geschichte des Camp King ein.

Ohne Förderung durch die Stadt bleibt Heimatkunde Stückwerk. Besondere Unterstützung verdient die uneigennütige Arbeit der Geschichtsvereine und lokalhistorischen Arbeitskreise, aber auch der individuellen Heimatforscher, die ihre Arbeiten der Allgemeinheit zugänglich machen.

### **Klimaschutz im Einklang mit der Natur**

Die OBG setzt sich für ein sinnvolles Miteinander von Ökologie und Ökonomie ein. Dies gilt insbesondere bei der Bevorzugung energiesparenden Bauens. Eine übermäßige städtische Verdichtung soll durch entsprechende Gestaltung künftiger Bebauungspläne vermieden werden. Die OBG legt ihr besonderes Augenmerk auf Erhalt und Pflege des Oberurseler Stadtwaldes, der Felder und Auen, zum Beispiel des Maasgrunds, der Atzelhöhle und der Portwiesen, sowie die Förderung der Naherholungsgebiete. Auch der Schutz des Grundwassers sowie der Erhalt und die Renaturierung von Fließgewässern und Bachauen liegt der OBG am Herzen.

Wir setzen uns für den flächendeckenden Schutz von Natur und Landschaft ein. Ökologisch wertvolle Gebiete wie Streuobstwiesen und Feuchtgebiete sind zu erhalten.

Wir streben eine enge Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden an. Die Jugendarbeit dieser Verbände soll nach unserer Auffassung in besonderer Weise gefördert werden. Wir wollen eigenverantwortliche Projekte von Kindern und Jugendlichen im Bereich des Naturschutzes fördern.

Das Handeln im Einklang mit der Natur ist Oberursel wichtigster Beitrag zum Klimaschutz.

### **Wirtschaft aktiv fördern**

Eine gute Wirtschaftsförderung hilft, die Entfernung zwischen Wohnen und Arbeiten nicht zu groß werden zu lassen. Auch muss der Dialog mit ortsansässigen Unternehmen fortgesetzt werden, um auf Sorgen, aber auch auf Erweiterungswünsche reagieren zu können. Die OBG setzt sich für eine aktive Fortentwicklung der Gewerbe- und Dienstleistungsansiedlungen in Oberursel ein. Damit sollen die Finanzkraft unserer Stadt erhalten bleiben und Arbeits- und Ausbildungsplätze für Oberurseler geschaffen werden. Es darf keine weitere Reduzierung von Gewerbeflächen und Umwidmung in Wohnbauflächen stattfinden.

### **Finanzen konsolidieren**

Das Notwendige hat Vorrang vor dem Wünschenswerten. Dies bedeutet, dass man den Blick für das Machbare behält. Die finanziellen Probleme der Kommunen sind nicht auf Oberursel beschränkt. Dies ist vielmehr ein strukturelles Problem, das keine Stadt allein lösen kann. Besonders bei den Ausgaben muss gespart werden. Angebote, die von anderen öffentlichen Trägern und dem Hochtaunuskreis zu leisten sind, sollen bei der Stadt nicht mehr vorgehalten werden. Hierzu zählt unter anderem die Bauaufsicht, die für Städte in der Größe Oberursels Kreissache ist.

Eine gute Gewerbepolitik schafft Entlastung für die problematische Haushaltslage. Die dadurch gewonnenen Steuereinnahmen kommen dem städtischen Haushalt zugute. Dies sichert Kontinuität in der Finanzpolitik der Stadt.

Bei zukünftigen Investitionen ist mit Rücksicht auf zukünftige Generationen darauf zu achten, dass erst Rücklagen gebildet werden, bevor investiert wird. Wichtig dabei ist die vorausschauende Berücksichtigung der Folgekosten bei Investitionen.

Gerade in schlechten Zeiten muss die Stadt ihre Finanz- und Ertragskraft fördern und pflegen, um den Spielraum für die vielfältigen Aufgaben beizubehalten. Vermeidbare Steuererhöhungen und zusätzliche Gebühren, die die Bürger belasten, lehnt die OBG ab und fordert weiterhin eine maßvolle Personalbewirtschaftung der Stadt Oberursel.

Eine weitere Erhöhung der Grundsteuer kommt für uns nicht in Frage, ebenso wenig die Einführung von Straßenbeiträgen für Hauseigentümer. Beides macht das Bauen, den Unterhalt von Gebäuden und das Wohnen für alle Bürger in Oberursel noch teurer.

Der herrschende Investitionsstau gefährdet die Zukunft der Stadt. Mit Überschüssen aus dem laufenden Haushalt könnte er abgebaut werden. Mögliche Steuerrückzahlungen könnten das Finanzgerüst der Stadt allerdings jäh einstürzen lassen. Die OBG wird über die kommunalen Vertretungen, denen die Stadt angehört, auf eine kommunale Steuerreform hinwirken, die schicksalhafte Einbrüche im Steueraufkommen abfedert.

### **Sicherheit gewährleisten**

Aufgrund der vielfältigen Sicherheitsprobleme im Einzugsgebiet einer Metropole muss der Sicherheit in unserer Stadt unsere besondere Aufmerksamkeit gelten.

Unter „Sicherheit“ versteht die OBG aber nicht nur den Schutz vor Kriminalität, sondern auch vor Unfällen und Naturkatastrophen. Durch die Unterstützung und Förderung unserer Freiwilligen Feuerwehren und anderer Organisationen der Katastrophenhilfe wird ein erheblicher Beitrag für die Sicherheit in Oberursel geleistet.

Für Jugendliche sind sinnvolle Freizeitangebote zu schaffen; zudem treten wir für eine Unterstützung unseres vielfältigen Vereinslebens ein. Präventive Angebote tragen dazu bei, Oberursel als sichere Stadt zu erhalten und werden von der OBG ausdrücklich befürwortet.

### **Sauberkeit der Stadt erhalten**

Der Standard der Grünpflege durch den Bau und Service Oberursel (BSO) ist beispielgebend. Die Abfallentsorgung soll optimiert werden und an den Interessen der Bürger und Bürgerinnen orientiert sein. Der BSO sollte nicht alle Aufgaben in Eigenregie erledigen wollen.

Positive Auswirkungen auf die Abfallgebühren könnte beispielhaft die Wiedereinführung der Altpapierabholung durch Fremdfirmen haben.



## **Ortsteile unterstützen**

### **Bommersheim**

Die Bebauung von Bommersheim-Süd ist nicht realisierbar, solange keine vernünftige Verkehrsanbindung gefunden und die Finanzierung der Folgekosten der Infrastruktur für die Stadt nicht gesichert ist.

Weiterhin gilt es die Ortsmitte in Bommersheim für alle Altersklassen attraktiv zu gestalten. Freizeitmöglichkeiten für Familie und Jugendliche müssen ausgebaut werden. Zudem sollen Möglichkeiten zur Wiederansiedlung von Geschäften und lokalem Gewerbe geschaffen werden.

### **Oberstedten**

Unsere Anliegen für Oberstedten sind die Aufwertung des öffentlichen Bereiches rund um das alte Rathaus und die Alte Wache inklusive Schaffung neuen Parkraumes. Die künstliche Herbeiführung einer „Neuen Mitte“ hat für uns keinen Vorrang.

Im Rahmen der Neuausschreibung des ÖPNV muss Oberstedten aufgrund seiner geografischen Lage eine priorisierte Beachtung finden. Für Schüler, immobile Personen und Berufspendler muss die uneingeschränkte Nutzbarkeit des öffentlichen Busverkehrs zur Verfügung stehen.

Wir setzen uns für Verhandlungen mit der Stadt Bad Homburg ein, damit das Gelände um den Fußballplatz und den Schützenstand in Oberstedten auf dem Wege des Geländetausches Teil der Oberurseler Gemarkung wird.

### **Stierstadt**

In Stierstadt ist zur Entlastung der innerörtlichen Straßen und vor allem Neuordnung des Schulverkehrs der Durchstich der Römerstraße auf die Steinbacher Straße auszubauen. Unter Nutzung des Geländes der alten Grundschule lässt sich der Verkehr besser führen und entlastet die Straßen der Stierstädter Altstadt. Ohne verkehrliche Lösungen wie diese gibt es mit uns keine Neuentwicklung von innerörtlichen Baugebieten wie des Friedhofserweiterungsgeländes oder der alten Grundschule.

Der Seedammweg bleibt geschlossen, um eine weitere Randbebauung zu vermeiden, dortige Grünflächen am Ortsteilrand zu erhalten und somit die Felder auch als Naherholungsgebiet zu schützen.

Ein zusätzliches offenes Raumangebot für die Nutzung von Senioren, Jugendlichen und jungen Familien des Stadtteiles soll geschaffen werden.

### **Weißkirchen**

In Weißkirchen ist die OBG gegen eine weitere bauliche Erweiterung Frankfurts in Richtung der Oberurseler Gemarkung.

Die Bebauung der Sportplätze wird abgelehnt.

Wir werden weiter darauf dringen, dass an der A5 eine Lärmschutzwand auch Richtung Weißkirchen geschaffen wird.

### **Konsequent die Interessen der Bürger vertreten**

Bürgerbeteiligung ist für uns keine Floskel. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger von Oberursel an unseren Entscheidungen beteiligen. Deshalb bleiben unsere Fraktionssitzungen in der Regel öffentlich.

Die Einführung der Bürgerfragestunde in den Ausschüssen und die Veröffentlichung der Sitzungsunterlagen gehen auf unsere Initiative zurück.

Wir fordern eine noch stärkere Beteiligungsmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger in allen wichtigen Belangen. Den Bürgerinnen und Bürgern soll noch mehr Gelegenheit gegeben werden, Fragen zu stellen und ihre Meinung zu sagen. Dazu regen wir die Einführung der Möglichkeit eines Bürgerantrags, der durch eine bestimmte Anzahl von Unterschriften Wahlberechtigter ausgelöst wird, und einer Bürgerbefragung an, bei der Wahlberechtigte in wichtigen Angelegenheiten und nach gründlicher Vorinformation nach ihrer Meinung befragt werden.

Um Stadtverordnetenversammlungen auch für das Publikum attraktiver zu gestalten und unnötige Verwaltungsarbeit für inhaltlich überholte Fragen zu vermindern, sollte jede Sitzung mit einer Aktuellen Stunde beginnen, in der Stadtverordnete dem Magistrat Fragen zu Themen stellen können, die nicht auf der Tagesordnung stehen. Zudem sollten die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlungen live im Internet übertragen werden.

Ein reges Vereinsleben ist für uns die wichtigste Bürgerbeteiligung an einer gesunden Entwicklung der Stadt und der Ortsteile. Die Förderung der Vereine ist für uns keine „freiwillige Leistung“ der Stadt, sondern eine Bringschuld. Wir werden besonders die Vereinsringe und die Träger der Jugendarbeit bei ihren koordinierenden Aufgaben unterstützen.

Die OBG ist für die Einbeziehung der Ursella-Stiftung in die Bürgerstiftung. Aufgrund ihrer finanziellen und politischen Unabhängigkeit sind Bürgerstiftungen in der Lage, eine große Vielfalt gemeinnütziger Aktivitäten im Gemeinwesen zu fördern, drängende soziale Probleme zu lösen und die Lebensqualität vor Ort zu erhöhen.

Die bestehenden und neuen Ortsbeiräte haben für uns nicht nur beratende, sondern mitentscheidende Aufgaben. Die beteiligten Bürgerinnen und Bürger kennen Ihre Ortsteile am besten, können Fehlentscheidungen übergeordneter Gremien verhindern und eigene Akzente bei der Entwicklung setzen. Die Ortsbeiräte sind mit eigenen Mitteln auszustatten, die ihnen selbstständiges Arbeiten ermöglichen.

### **So setzen wir das durch**

Die OBG ist nicht für die Opposition gemacht. Wir wollen bei der Kommunalwahl 2021 Sitze im Stadtparlament dazugewinnen. Das schaffen wir nur, wenn möglichst viele Wahlberechtigte auf ihren Stimmzetteln die OBG-Liste als Ganze ankreuzen.

Wir werden uns Mehrheiten suchen, um unsere Ziele zu verwirklichen. In der Kommunalpolitik geht es vor allem um Sachfragen. Deshalb werden wir mit im Oberurseler Stadtparlament vertretenen

demokratischen Parteien und Wählergruppen zusammenarbeiten, die unsere Vorstellungen von einer bürgerfreundlichen Stadt teilen.

Beschlossen am 15.12.2020 durch die Mitgliederversammlung der Oberurseler Bürgergemeinschaft - Freie Wähler e.V. (OBG-Freie Wähler)